

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Solidarisch mit dabei bei der Protestaktion gegen die Umwidmung des Minigolf-Areals am Freinberg am 23. Jänner 2020 vor dem Alten Rathaus: AktivistInnen der KPÖ.

Zeit zum Widerspruch!

Es wird viel gebaut in Linz. Besonders Investorenprojekte zur Schaffung von Büroflächen und Luxuswohnungen auf Kosten der ansässigen Bevölkerung führen zu Unmut.

Die Umwidmung des Minigolfplatzes am Freinberg von Grün- in Bauland gegen die Proteste von AnrainerInnen und GrüngürtelschützerInnen ist

exemplarisch für den Umgang von SPÖ, FPÖ und ÖVP im Gemeinderat mit Nutzungskonflikten. Sie stehen nämlich im Konfliktfall immer auf Seiten der Inve-

storen. Klimahauptstadt hin oder her – wenn es um Wünsche der Investoren geht, müssen die Interessen der Bevölkerung hinten anstehen.

Umso wichtiger ist es, dass im Gemeinderat mit der KPÖ eine Kraft vertreten ist, die als verlässliche Partnerin der Vielen agiert.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Anerkennung für Frauen

Nur 47 Linzer Straßen sind nach Frauen benannt. Es ist höchst an der Zeit verdiente Frauen ans Licht zu holen.

In der Jänner-Sitzung des Gemeinderates beantwortete Bürgermeister Luger eine KPÖ-Anfrage nach der Verteilung von Straßenbenennungen nach Frauen und Männern. Ergebnis: Nur 47 von insgesamt 1.152 Linzer Straßen tragen Frauennamen, 510 hingegen die Namen von Männern. Dieses Ergebnis

sorgte für Empörung. Ein gemeinsamer Antrag von KPÖ und Grünen fordert nun die Benennung aller Straßen im Neubaugebiet Ebelsberg nach Frauen. So soll ein Zeichen für die Anerkennung der Leistungen von Frauen gesetzt werden. Ein Ausgleich gerade richtig zum Internationalen Frauentag am 8. März.

Wie machen wir Linz (wirklich) zur Klimahauptstadt?

2019 beschloss der Gemeinderat ein Klimaprogramm. Geht es nach Bürgermeister Luger soll Linz sogar „Klimahauptstadt Europas“ werden. Bislang ist davon aber wenig zu merken. Im Gegenteil: Verkehrswachstum und Grünlandvernichtung gehen weiter. Was aber wäre wirklich für eine effektive Klimaschutzpolitik notwendig?



Franziska Decker Sprecherin Junge Linke Linz-Stadt

„Wettbewerbsfähiger Standort“ darf kein wirtschaftliches Totschlagargument mehr sein. Wir brauchen Eigenverantwortung und die Stadtpolitik: Ökologisch gestalteter, sozialer Wohnbau für alle und ein Gesamtverkehrskonzept für den Großraum Linz mit Vorrang für Öffis & Rad.



Thomas Kaltenbrunner Programmierer

Meine Vision ist eine Stadt, in der man nicht vom Haus im Grünen träumen muss. Anstelle neuer Autobahnen entstehen gern genutzte Öffis sowie Rad- und Fußwege, während Straßen rückgebaut und begrünt werden. Ein Linz, in dem man im Frühling Blumen riechen kann, verdient den Titel Klimahauptstadt!



Maria Egger Sozialarbeiterin

Das Radwegnetz muss erweitert werden und wir brauchen ein nachhaltiges Konzept zur Stadtentwicklung, das nicht GroßinvestorInnen begünstigt und Grünflächen vernichtet. Außerdem muss Linz vom Straßenbau-Wahn ablassen und sich zukunftsweisend auf Öffis konzentrieren.

Kein Richtungswechsel

Der grausliche Spuk mit der FPÖ in der Regierung fand zum Glück ein jähes Ende. Jeder Tag ohne Rechtsextreme an den Schalthebeln der politischen Macht ist ein guter Tag für Österreich!

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Türkis-Grün kein Richtungswechsel ist. Die Kurz-ÖVP ist fest entschlossen ihren unsozialen Kurs fortzusetzen. Die Angriffe auf die Sozialsysteme, gegen Arbeitslose und

Minderheiten gehen weiter. Dafür gibt es Geschenke für Reiche und Konzerne, etwa durch die Senkung der Körperschaftssteuer.

Der kleine Koalitionspartner darf diese neoliberale Politik nach dem Motto „Wirtschaft und Klima sind kein Widerspruch“ entsprechend „begrünen“.

Das zeigt einmal mehr: Um einen Wechsel zu besseren, solidarischen und ökologischen Verhältnissen zu erreichen und nicht immer nur das Schlimmste zu verhindern, brauchen wir eine starke Linke in diesem Land. Daran werden wir weiterarbeiten!



Michael Schmida
HTL-Lehrer und Personalvertreter für BMHS-Lehrer*innen,
KPÖ-Landessprecher

Zehn Jahre und kein bisschen leise

Seit 2009 ist die KPÖ wieder mit einem Mandat im Linzer Gemeinderat vertreten. Da stellt sich die Frage, was mit einem von 61 Mandaten bewirkt werden kann.



Passend zur Budgetdebatte konnte KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grönn die Realisierung des Kautionsfonds präsentieren, der ab Jahresbeginn 2020 eine Erleichterung für Wohnungssuchende mit geringen Einkommen bedeutet.

2009 war die KPÖ mit dem Spruch „Wir versprechen nichts als Widerspruch und lästige Fragen“ angetreten und zeigt seit nunmehr zehn Jahren, dass eine fortschrittlich linke Stimme wichtig ist. Sie wird als soziales Gewissen wahrgenommen und konnte etwa mit der Gründung der überparteilichen Plattform „Linz braucht keine Stadtwache“, der Aktion „Aktivpass bleibe wie du bist“ und dem Kautionsfonds wichtige sozialpolitische Akzente setzen.

Zukunftsorientierte Verkehrspolitik

Die KPÖ ist auch eine verlässliche Partnerin für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik. Der Ausbau der Öffis und die Bevorzugung des Rad-

und Fußgeherverkehrs, die Ablehnung des Westrings und der Ostumfahrung und der Einsatz für die Freifahrt auf allen Öffis sind zentrale Anliegen ihrer verkehrspolitischen Forderungen. Ist doch eine Verkehrswende Knackpunkt zur Bewältigung der Klimakrise. Der Einsatz für eine aktive Gedenkkultur schlägt sich etwa in einer Datenbank für antifaschistische Denkmäler, einer Straßenbenennung nach Henriette Haill und der Einleitung der Überprüfung von Straßennamen in Hinblick auf Nazi-Vergangenheit nieder.

Eingeschränkte Möglichkeiten

Als Manko sei hier angemerkt, dass es nicht gelungen ist die Benachteiligungen im Gemeinderat

zu verändern. So gibt es kein Rederecht bei „Aktuellen Stunden“ und keinen Zugang zu Kontrollberichten. Da auch Anträge nicht allein gestellt werden können, kooperiert die KPÖ für ihre Initiativen mit anderen Fraktionen. Anfragen an die Stadtsenatsmitglieder sind ein häufig genutztes Instrument, um Missstände ans Licht zu bringen.

Zur Arbeitsweise der KPÖ lässt sich sagen, dass hinter der Gemeinderätin ein ehrenamtliches und engagiertes Team steht. Als Selbstverständnis eint die Ansicht, dass linke Kommunalpolitik als Werk von vielen für viele zu verstehen ist und auch eine Minderheit mit Beharrlichkeit viel bewegen kann.

Splitter aus dem Gemeinderat

Wie steht's um Recycling?

Von VBgm. Baier (ÖVP) urgierte die KPÖ die Recycling-Quote und Maßnahmen für die Kreislaufwirtschaft. Laut Baier werden 51 Prozent Leichtverpackung, 79 Prozent Altpapier, 66 Prozent Altglas und 33 Prozent Metall getrennt gesammelt. Was davon wiederverwertet wird sei nicht erfassbar, da dies überregional erfolgt.

Fragwürdiges Tierversuchslabor

An der Linzer Universität ist ein Labor für tierexperimentelle Forschung geplant. Zur Anfrage von GR Grönn meinte Bgm. Luger (SPÖ), dass dafür keine Mittel aus städtischen Förderungen verwendet würden. Ob solche umstrittenen Forschungen mit dem Anspruch einer Stadt der Innovation vereinbar seien wollte Luger nicht beantworten.

Erinnerungen zum Budget

28 Erinnerungen reichte die Linzer KPÖ zum Doppelbudget 2020/2021 ein. Gefordert wurden dabei auch 40 öffentliche Plakatierflächen für die nichtkommerzielle Plakatierung von Vereinen nach der Aufhebung des generellen Plakatierverbotes durch den Verfassungsgerichtshof.

Öffis statt Seilbahnprojekt

Angeregt durch das Regierungsprogramm haben SPÖ, FPÖ und NEOS das sündteure „Leuchtturmprojekt“ einer Seilbahn im Linzer Osten wieder ausgegraben und eine Beteiligung des Bundes dafür urgiert. KPÖ-Gemeinderätin Grönn hielt dagegen, sie hält Geld für den Ausbau der Öffis für wichtiger.

Freinberg: Rot-blau-schwarze DreieinigkeIt

Das Aloisianum, ein nobles und teures Gymnasium, in dessen Vorstand rote und schwarze (Ex-)Politiker tonangebend sind, braucht Geld. Was tun? Man verkauft ein Grundstück am Freinberg, auf dem teure Nobelwohnungen gebaut werden sollen.

Der dort befindliche Minigolfplatz wird für entbehrlich erklärt, ebenso die Funktion des Areals für die Durchlüftung der Stadt. Und was kümmert Bgm. Luger der Klimaschutz. Es reicht doch, wenn sich Linz zur „Klimahauptstadt“ erklärt.

Garniert mit enormen Sicherheitsmaßnahmen (Polizeieinsatz, Einlasskontrollen) beschlossen SPÖ, FPÖ und ÖVP

am 22. Jänner eine höchst umstrittene Umwidmung. Der Protest von gut 200 Menschen vor dem Rathaus wurde kalt ignoriert.

Möglich gemacht hat es die Landesregierung. Dort legte der als überbezahlter Verbund-Boss nach Wien entschuldene vormalige LHStv. Strugl (ÖVP) 2018 mit umstrittenen Widmungen die Schienen für diesen Deal.



Der Minigolfplatz am Freinberg ist nicht nur eine Freizeitanlage sondern hat als Teil des Grünzuges auch eine wichtige Funktion für die Stadtdurchlüftung.

Ein Kautionsfonds für Linz

Seit Jänner 2020 können nun auch Linzer Wohnungssuchende um ein zinsloses Darlehen für die Kaution bei der Stadt ansuchen. Damit wurde der KPÖ-Antrag „Ein Kautionsfonds für Linz“, der im Mai 2019 beschlossen wurde, rasch umgesetzt.

Dass die Anmietung einer Wohnung für Menschen mit einem geringen Einkommen eine finanzielle Hürde darstellt ist bekannt. Als Starthilfe soll nun der mit 50.000 Euro dotierte Kautionsfonds dienen. Antragsberechtigt sind alle Lin-

zerInnen über 18 Jahre mit einem seit einem Jahr bestehenden Hauptwohnsitz in Linz.

Als Einkommensgrenzen gelten ein Nettoeinkommen bis 1.400 Euro für Einzelpersonen, 2.100 Euro für Paare und

eine Erhöhung pro Kind um 200 Euro. Bei Wohnbedarf können die Anträge persönlich bei der Sozialberatungsstelle Kompass im Neuen Rathaus gestellt werden. In sozialen Härtefällen kann von der Rückzahlung des Darlehens und Einkommensrichtwerten abgesehen werden.

Es wird sich zeigen, ob die derzeitige Dotierung des Kautionsfonds mit der Nachfrage Schritt halten kann oder es hier zu einer besseren finanziellen Ausstattung kommen muss.

Aktuell, Nummer 1, Februar 2020

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKLAT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder.

Offenlegung laut Mediengesetz: Laut Paragraph 25, Absatz 2: Medieninhaberin (Verlegerin) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Die KPÖ ist eine politische Partei. Bundessprecher der KPÖ ist Dr. Mirko Messner. Laut Paragraph 25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infos:

Folder

- Aktivpass KPÖ im Gemeinderat Schwarz-Grün Wohnen

Broschüren

- Wofür steht die KPÖ? Burschenschaften Franz Kain Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar

- Café KPÖ Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz